

Fragen

**für die Fragestunde der 211. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Januar 2002**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Blank, Renate (CDU/CSU)	30	Lenke, Ina (FDP)	6, 7
Braun, Hildebrecht (Augsburg) (FDP)	10	Lippmann, Heidi (PDS)	9, 18
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	25	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	28, 29
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	19, 20	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	16, 17
Hasselfeldt, Gerda (CDU/CSU)	13, 35	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	23, 24
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	3, 4	Seiffert, Heinz (CDU/CSU)	36, 37
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	21, 22	Siemann, Werner (CDU/CSU)	14, 15
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	1, 2	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	26, 27
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	38, 39	Volquartz, Angelika (CDU/CSU)	11, 12
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	40	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	31, 32
Irmer, Ulrich (FDP)	5, 8	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	33, 34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, dass die Einstufung von mitarbeitenden Ehefrauen in Handwerksbetrieben als „Mitunternehmerinnen“ durch die Arbeitsämter im Falle des Konkurses dieser Betriebe häufig nicht aufgehoben und deshalb auch nicht gezahlt wird (vgl. handwerk magazin 1/2002), und treffen weiterhin Informationen zu, wonach dies auch darauf zurückzuführen ist, dass sich zwei zuständige Abteilungen im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht auf eine sachgerechte Lösung dieses Problems einigen können?

2. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um Unklarheiten in dieser Frage im Sozialgesetzbuch durch eine Gesetzesänderung oder durch Ausführungsbestimmungen zu beseitigen, da diese Frauen als Angestellte Arbeitslosen- und Rentenversicherungsbeiträge bezahlt und die Krankenkassen diese als abhängig Beschäftigte eingestuft haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung in den letzten Monaten unternommen, um die Gründung der IT-Akademie in Bonn zu forcieren, und trifft eine Meldung aus dem Bonner General-Anzeiger vom 1./2. Dezember 2001 zu, nach der die Bundesregierung die finanzielle Unterstützung für diese Akademie mit ihrer Forderung nach einer Übernahme der Trägerschaft für das Internationale Kongresszentrum Bonn (IKBB) durch die Bundesstadt Bonn verknüpfen will?

4. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)

Wenn ja, welche Gründe kann die Bundesregierung dafür nennen, eine Verbindung dieser beiden unterschiedlichen Projekte herzuleiten, und warum sind die Verhandlungen zur IT-Akademie in Bonn immer noch nicht zum Abschluss gebracht worden, obwohl dies die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Bundestagsdrucksache 14/5016) für das 1. Quartal 2001 angekündigt hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

5. Abgeordneter
**Ulrich
Irmer**
(FDP)
- In welchem Ausmaß waren die Bundesregierung und die Europäische Union an der Finanzierung der Start- und Landebahn des internationalen Flughafens von Gaza, der ca. 70 Unterkünfte im palästinensischen Flüchtlingscamp Rafah, des dort errichteten gerichtsmedizinischen Labors und der Anlagen im Hafen von Gaza beteiligt, die im Rahmen sogenannter Vergeltungsaktionen im Zeitraum vom 9. bis 14. Januar 2002 von der israelischen Armee zerstört wurden?*)

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Welche Gesamtkosten verursacht die Informationskampagne „Familie – Deutschland“ bislang und in den weiteren geplanten Stufen, und auf welchen Zeitraum ist die Kampagne ausgelegt?
7. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)
- Welche Bewusstseins- und Verhaltensänderungen bei den Bürgerinnen und Bürgern verfolgt die Bundesregierung mit der Kampagne?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

8. Abgeordneter
**Ulrich
Irmer**
(FDP)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung die Zerstörung von mit deutscher und europäischer Unterstützung durchgeführten Infrastrukturprojekten gegenüber der israelischen Regierung zur Sprache gebracht, und wie hat die israelische Regierung hierauf reagiert?**)

*) siehe hierzu auch Frage 8

**) siehe hierzu auch Frage 5

9. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS)
- Wie weit ist der Abzug der afghanischen Truppen aus Kabul entsprechend der Petersberger Vereinbarung fortgeschritten, und wann soll der Abzug und vollständige Austausch durch die UN-Sicherheits-truppe ISAF (International Security Assistance Force) gemäß der Vereinbarung erfolgen, auf die sich auch der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 22. Dezember 2002 bezieht?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

10. Abgeordneter
Hildebrecht Braun
(Augsburg)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den klaren Ankündigungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, eine großzügige Regelung der Schadensfälle bei den Radaropfern der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee vorzunehmen und hierbei insbesondere entsprechend meiner wiederholten Bitte von einer Umkehrung der Beweislast zugunsten der Antragsteller auszugehen?
11. Abgeordnete
Angelika Volquartz
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung die vollständige Sanierung der Laborabteilung II (Veterinärmedizin) des Zentralen Institutes des Sanitätsdienstes der Bundeswehr in Kronshagen, und wenn ja, wann wird voraussichtlich mit der Sanierung begonnen werden?
12. Abgeordnete
Angelika Volquartz
(CDU/CSU)
- In welchem baulichen Zustand befindet sich die Liegenschaft Sanitätsdienststellen Bundeswehr Kronshagen nach Kenntnis der Bundesregierung?
13. Abgeordnete
Gerda Hasselfeldt
(CDU/CSU)
- Gibt es Pläne der Bundesregierung, ein Bundeswehrgeschwader aus Penzing oder einem anderen Fliegerhorst – möglicherweise im Zusammenhang mit der Anschaffung der neuen Transportflugzeuge – nach Fürstenfeldbruck zu verlegen?

*) siehe hierzu auch Frage 18

14. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) Ist die deutsche Finanzierung zur Beschaffung des militärischen Transportflugzeugs A 400 M gesichert, und wenn ja, wie?
15. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) Wie hat sich die Zahl der Anträge von Unteroffizieren auf Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten von 1998 bis 2001 entwickelt, und wie hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der widerruflichen Verpflichtungserklärungen von Offizieranwärtern entwickelt?
16. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die seit Anfang des Jahres 2001 mehrfach durch den Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, angekündigte schnellere, streitfreie und großzügige Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung zu gewährleisten, die von aktivem oder ehemaligem Personal von Radareinrichtungen der Bundeswehr gestellt wurden?
17. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) Wie viele dieser Anträge sind mit welchem Ausgang bis heute abschließend bearbeitet worden, und wie viele können voraussichtlich noch bis zum Ende der Legislaturperiode positiv beschieden werden?
18. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS) Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahren durch ABC-Waffen im Einsatzraum der Bundeswehr im Rahmen der Teilnahme an der Anti-Terror-Koalition ein, und welche Anhaltspunkte gibt es dafür?*)
19. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS) Treffen Presseberichte über eine bevorstehende Entsendung von Bundeswehrsoldaten aus ABC-Einheiten nach Kuwait zu (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11. Januar 2002), und wenn ja, was ist das Ziel eines solchen Einsatzes?

*) siehe hierzu auch Frage 9

20. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(PDS)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass es zum Zeitpunkt der ersten Aussagen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, über einen Einsatz von ABC-Kräften in Kuwait weder eine offizielle Bitte an die Regierung von Kuwait gab, noch eine Einladung von dieser vorlag?
21. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- Welche Finanzmittel hat die Bundesregierung bisher bereitgestellt bzw. vor dem Hintergrund des Ressortkonzeptes des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, die Division Luftbewegliche Operationen von Veitshöchheim nach Rotenburg zu verlegen, „sobald dort die erforderliche Infrastruktur geschaffen worden ist“, konkret in die Haushalts- und Finanzplanung des Bundes eingestellt, um die notwendigen Planungs- und Baumaßnahmen rechtzeitig zum Abzug des bisherigen Panzergrenadierbataillons 52 fertig gestellt zu haben und auf diese Weise den nahtlosen Übergang der Standortnutzung ohne Leerstandszeiten zu garantieren?
22. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- An welche Planungsstellen bzw. Planungsbüros hat die Bundesregierung bisher Aufträge zur vollständigen Umplanung des Standortes Rotenburg des bisherigen Panzergrenadierbataillon 52 im Hinblick auf den Einzug der Division Luftbewegliche Operationen Ende 2004 vergeben, und zu welchen Zeitpunkten werden die einzelnen Aufträge soweit abgeschlossen sein, dass die jeweiligen Baumaßnahmen ausgeschrieben bzw. vergeben werden können?
23. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung ein Konzept entwickelt, ob die zur Auflösung nach der jüngsten Bundeswehrreform vorgesehenen Standorte einer vorgeschriebenen neuen Nutzung zugeführt werden oder ob sie der freien Verfügung der Meistbieter überlassen bleiben?
24. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Ab welchem Zeitpunkt können bei völlig aufzulösenden Standorten öffentliche oder private Grundstücksinteressenten sinnvollerweise mit ernsthaften Nutzungsplanungen beginnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

25. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)**
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von einigen Bundesländern, dass es richtig und der Verbesserung der Verkehrssicherheit angemessen ist, wenn in Zukunft auch Jugendliche mit 16¹/₂ Jahren mit dem Erwerb des Führerscheins beginnen können, um sich somit mit 17 Jahren in Begleitung Erwachsener als Autofahrer am Straßenverkehr beteiligen zu können, zumal Verkehrsexperten vor einem solchen Versuch dringend warnen, weil weder eine wirkliche Kontrolle beim begleitenden Fahrer möglich, noch die Verantwortung der Beifahrer bei einem Unfall geklärt sei, und welche Gründe hat die Bundesregierung für diese Haltung?
26. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer
(CDU/CSU)**
- Was hat den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Stephan Hilsberg, veranlasst, auf meine Frage 22 in der Fragestunde am 12. Dezember 2001 (Plenarprotokoll 14/207, S. 20483 B), ob die Planungsunterlagen der Bayerischen Staatsregierung für den Ausbau und den Lärmschutz an der Bundesautobahn A9 zwischen der Anschlussstelle München–Frankfurter Ring und dem Autobahnkreuz München–Nord in seinem Hause vorliegen würden, im Plenum des Deutschen Bundestages den Abgeordneten zu antworten, dass die Unterlagen in der Tat noch nicht vorlägen, obwohl das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) dem entsprechenden in Rede stehenden Vorentwurf der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Datum vom 17. Dezember 2001 grundsätzlich zugestimmt hat und somit die Planungsunterlagen zum Zeitpunkt der Fragestunde am 12. Dezember 2001 entgegen den Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs, Stephan Hilsberg, dem BMVBW bekannt gewesen sein müssten?
27. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer
(CDU/CSU)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Schlussfolgerung, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Stephan Hilsberg, in der Fragestunde am 12. Dezember 2001 insoweit eine unrichtige Aussage gemacht hat?

28. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Wann werden die Bundesautobahn A73, die Bundesstraßen B173 und B303 für den Bereich Coburg/Kronach fertig gestellt, und warum ist die Fertigstellung bisher noch nicht erfolgt?
29. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Wann wird eine Finanzierungsentscheidung zur ICE-Strecke Nürnberg–Berlin gefällt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass es beim grenzüberschreitenden Bahngüterverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz unterschiedliche Behandlungsformen bei der organisatorischen und finanziellen Abwicklung des Grenzübertritts für Züge der DB Cargo einerseits und von privaten Eisenbahnunternehmen andererseits durch die Schweizer Zollbehörden gibt, und wenn ja, wie bewertet sie diesen Vorgang?
31. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass die Bundesregierung in dem Entwurf des Ersten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (RegG) grundsätzlich eine Ausgleichspflicht des Bundes für die künftige Finanzierung von Nahverkehrsleistungen als Ersatz für die entfallenen InterRegio-Fernverkehrsverbindungen in Höhe von rund 102 Mio. Euro anerkennt?
32. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU) Warum sieht dann die Bundesregierung den notwendigen Ausgleich für die entfallenen InterRegioverbindungen in dem Angebot einer künftigen Höhe der Regionalisierungsmittel von 6,549 Mrd. Euro ohne Dynamisierung enthalten, wenn diese Summe doch bereits eine faktische Kürzung gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet?
33. Abgeordneter
**Klaus-Peter
Willsch**
(CDU/CSU) Welche Postdienstleistungen werden derzeit ausschließlich von der Deutschen Post AG erbracht, und hat dies umsatzsteuerliche Auswirkungen oder Rückwirkungen?

34. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Ist die Beförderung von Briefsendungen, deren Einzelgewicht weniger als 200 Gramm beträgt, umsatzsteuerpflichtig?
35. Abgeordnete
Gerda Hasselfeldt
(CDU/CSU) Ist die Beförderung von Briefsendungen, deren Einzelgewicht mehr als 200 Gramm beträgt, umsatzsteuerpflichtig?
36. Abgeordneter
Heinz Seiffert
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die höchstrichterliche Rechtsprechung bekannt, wonach vom Steuergeheimnis nur „Verhältnisse eines anderen“ erfasst werden, die im Rahmen eines Steuerverfahrens bekannt geworden sind?
37. Abgeordneter
Heinz Seiffert
(CDU/CSU) Inwiefern kann das Steuergeheimnis aus § 30 Abgabenordnung (AO) durch Auskünfte über gesetzlich vorgesehene Steuerbefreiungen ihrer Art und Abgrenzung nach berührt sein, wenn diese Abgrenzung bereits im Gesetz steht und lediglich noch der konkreten Auslegung bedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

38. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welcher Anteil der 195 Mio. Euro, die die Europäische Kommission als zusätzliche Fördermittel für die Grenzregionen zu den Beitrittsländern bereitzustellen empfiehlt und der 65 Mio. Euro, welche zusätzlich durch die Initiative des Europäischen Parlaments für die Grenzlandförderung bereitgestellt wurden, der Bundesrepublik Deutschland zu Gute kommen, und wenn ja, nach welchem Maßstab wird sich dieser Anteil auf die Bundesländer beziehungsweise auf die Regionen an der Grenze zu den östlichen Beitrittsländern verteilen?
39. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Wird diese zusätzliche Mittelbereitstellung neben der Erhöhung bzw. Erweiterung bestehender Förderprogramme auch zur Auflage neuer Programme genutzt werden, und wenn ja, werden diese neuen

Programme auch die Förderung des Mittelstandes bezwecken?

40. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)

Wie viele Postsendungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Verpflichtungen aus der Post-Universaldienstleistungsverordnung – jeweils in den Jahren 1998 bis 2001 bei der Deutschen Post AG verloren gegangen, und welchen Gesamtwert hatten diese?

